

**Die
Alternative
Zeitung**

1/2004

KNACKPUNKT

für
Riedbahn
Weiterstadt
Braunshardt
Gräfenhausen
Schneppenhausen

44

abhängig



parteiisch



chaotisch



informativ



Kein Wohnen in West! ALW setzt sich durch

Klausurtagung 2003

ALW legt Schwerpunkte für 2004 fest

Die Alternative Liste hatte sich für ihre Klausurtagung wieder eine erhebliche Tagesordnung zusammengestellt.

Im Themenpaket waren die Kinderbetreuung, Schulsozialarbeit, Jugendpflege, der Sozialabbau in Hessen ebenso vorhanden, wie die durch den Umzug der Verwaltung in die Riedbahn entstandene neue Situation im Bereich des Marktplatzes in Weiterstadt, die Straßenbahnanbindung, das Gewerbegebiet West, die Verbesserung der Infrastruktur und der Lärm allgemein.

♦ Die Schaffung von Betreuung für Kinder bis zu drei Jahren ist auf einem guten Weg, ein Konzept liegt vor. Die Förderung von Tagesmüttern/Tagesvätern hat bei der ALW Priorität. Hier scheint die schnellste Umsetzung des Konzepts gegeben. Doch auch die Betreuung in Krippeneinrichtungen sollte nicht aus den Augen verloren werden. (→ S. 7)

♦ Schulsozialarbeit ist ein ganz wichtiger Punkt und wäre eigentlich ein „Muss“ an jeder Schule, auch in Weiterstadt. Die Finanzierung kann aber nicht allein zu Lasten der Kommune gehen. Hier sind Kooperationsmodelle zwischen Kreis und Kommune gefragt, so wie das erfolgreich bereits im Landkreis Groß-Gerau praktiziert wird. Auch dazu hat die ALW inzwischen einen Antrag gestellt. Als ALW treten wir für eine personelle Verstärkung im Bereich der Jugendpflege ein. Hier sollte es dann möglich sein, nicht nur die Jugendarbeit in den Stadtteilen zu verbessern, sondern auch durch gezielte Zusammenarbeit mit den Schulen diese zu optimieren. Im Haushalt 2004 ist eine weitere Stelle für die Jugendförderung in der Stadtteilarbeit geschaffen worden.

♦ Die Folgen der Kürzungsorgie der hessischen Landesregierung im Sozialbereich werden die Kommunen bald zu spüren bekommen, ist sich die ALW sicher. In Weiterstadt sind die Schülerhilfe und der Verein Frauencafé betroffen. Während die Schülerhilfe als städtische Einrichtung noch aufgefangen werden kann, brechen für das Frauencafé ein Drittel der Gelder weg. Damit der Verein seine Arbeit, an der auch viel ehrenamtliches Engagement Anteil hat, fortsetzen kann, soll die Stadt Weiterstadt zur Überbrückung helfend einspringen. Die ALW

stellte diesen Antrag in den Haushaltsberatungen. Wegen der z.Z. guten finanziellen Ausstattung wurde diese Hilfe inzwischen einstimmig für den Haushalt 2004 bewilligt.

♦ Im Gewerbegebiet West soll keine Wohnbebauung entstehen. In diesem Punkt war sich die ALW einig. Durch die B42, getrennt von der übrigen Bebauung und in Nachbarschaft von Großmärkten, ist der Wohnwert sehr gering. Ob allerdings noch weiteres Gewerbe entstehen sollte, um die Kosten niedriger zu halten, oder ob man auf weitere Bebauung ganz verzichtet, darüber bleiben die Meinungen in der Fraktion gespalten. (→ S. 5)

♦ Die ALW ist zwar noch immer der Meinung, dass das Rathaus auf den Marktplatz gehört. Der Umzug der Verwaltung in den Stadtteil Riedbahn konnte jedoch schon aus Kostengründen nicht abgelehnt werden. Für die Bebauung des Marktplatzes mit Stadtbüro, der Bücherei etc. sollten auf jeden Fall die schon vorhandenen Pläne zum Umbau der Darmstädter Straße mit zu Grunde gelegt werden. Attraktiver soll Weiterstadts Mitte werden, damit Handel und Gewerbe bessere Bedingungen vorfinden, aber auch um Fußgängern und Radfahrern größere Sicherheit zu bieten. (→ S. 10)

♦ Eine Lärminderungsplanung hält die ALW nicht nur in bezug auf Ausbaupläne vom Flughafen Frankfurt, der ICE-Strecke und wegen des schon begonnen Ausbaus von Egelsbach auch weiterhin für geboten. Um die lärmgeplagten Einwohner Gräfenhausens zu entlasten, müssen alle Möglichkeiten ausgeschöpft werden, beim Bau der ICE-Strecke einen Lärmschutz auf der westlichen Seite der Autobahn zu installieren.

♦ Verbesserungen der Infrastruktur standen als letzter Punkt auf der Tagesordnung. Hier waren das Thema vor allem der Ausbau und Verbreiterung des Radweges zwischen Schneppenhausen und Braunshardt. Dieser Weg ist für eine viel genutzte Verbindung viel zu schmal, er wird auch von vielen Schüler/innen als Schulweg zur ADS genutzt. Die ALW sieht hier Handlungsbedarf und bringt dazu einen Antrag in die Stadtverordnetenversammlung ein. (→ S. 3)

E.M.

Traumbahn

Der aktuelle Stand der Straßenbahnverbindung

Die erste Straßenbahn, die von Darmstadt nach Weiterstadt fährt, sollte knall-gelb und in großer schwarzer Schrift mit dem ALW-Logo geschmückt sein. Träumen ist erlaubt – aber mal Spaß beiseite: Die Forderung nach einer Trasse vertritt die ALW schon seit 20 Jahren. Es soll Ernst werden! Bis auf wenige, genau genommen eine Ausnahme, steht jetzt auch die Stadtverordnetenversammlung hinter dieser Forderung. Differenzen gibt es allerdings darüber, wo sie entlang führen soll. Bis zur B 42 ist der Weg klar, aber dann? Auch in unserer Fraktion gehen die Meinungen darüber auseinander. Durch den Ort oder entlang der B



42? Oder vielleicht als Ringverkehr - eingleisig - über beide Möglichkeiten? Entlang der B 42 wäre die Ortsmitte mit ihren Geschäften,

Stadtbüro etc. abgehängt. Allerdings wären die Anwohner/Innen in der Darmstädter Straße bei der anderen Lösung auf jeden Fall (wenn auch nicht in dem Maße wie bei alten Straßenbahnen) belastet. Sicher scheint - sie kommt, die Straßenbahn. Die Vorteile: Großes Potenzial an Fahrgästen, regelmäßige Frequenzen und Umweltverträglichkeit überwiegen gegenüber der bisherigen Buslösung. Wir sind jedenfalls guter Hoffnung, die Eröffnung, wenn auch nicht mit einem knall-gelben Exemplar, in absehbarer Zeit zu erleben. D.S.

Rad- und Fußweg Schneppenhausen/Braunshardt

Der gemeinsame Rad- und Fußweg entlang der Kreisstraße 165 zwischen Braunshardt und Schneppenhausen soll auf die von der Straßenverkehrsordnung vorgeschriebene Mindestbreite ausgebaut werden.

Diesen Antrag brachte die ALW noch im Dezember vergangenen Jahres im Parlament ein. Der Radweg ist einer der meistfrequentierten Wege in unserer Kommune. Von vielen Schülerinnen und Schülern aus Schneppenhausen wird er zudem als Schulweg zur ADS benutzt.

Da auf dem Weg mit seiner geringen Breite auch noch Gegenverkehr herrscht, kommt es immer wieder zu gefährlichen Begegnungen. Inzwischen bricht der Belag immer mehr, so

dass ein Ausweichen kaum noch möglich ist. Ältere Menschen berichten, dass sie bei Gegenverkehr lieber vom Rad steigen, aus Angst zu stürzen.

Der Antrag ist vor allem auch zum jetzigen Zeitpunkt wichtig, damit bei den Planungen für einen Lebensmittelmarkt an der Dornhecke der Ausbau des Rad- und Fußweges berücksichtigt wird. Doch nicht nur eine Verbindung ist uns ein Anliegen. Wir möchten gleichzeitig auch erreichen, dass der Weg beleuchtet wird. Zur Zeit wird zwar die Kreisstraße mit Licht versorgt, jedoch nicht der unebene Radweg.

E.M.

Die unendliche Geschichte...Flughafen

Neue Geschichten aus dem Märchenland der Fraport

In unserer schönen neuen Flughafenwelt, wie sie in den Hochglanz-Broschüren von der Fraport AG versprochen wird, soll es in Zukunft mehr Arbeitsplätze geben, leisere Maschinen werden fliegen und keine Flüge in der Nacht mehr stattfinden. Bei einem geplanten Zuwachs von 50% der Flugbewegungen soll es dann nur noch Gewinner geben. Arbeitslose und Jugendliche, die einen Arbeits- oder Ausbildungsplatz suchen, finden diesen am Flughafen. Die lärmgeplagten Bewohner der Region werden erleichtert sein, wenn tagsüber zusätzlich 50% mehr leisere Flugzeuge über ihre Dächer rauschen werden. In Zukunft wird durch das Nachtflugverbot ein ungestörter Schlaf wieder möglich sein. Zwar ist die Ökologie im Eimer, aber dafür haben wir als Ausgleich ordentlich was im Portemonnaie. Dies alles verdanken wir dann der hessischen Landesregierung, dem Ministerpräsidenten Roland Koch und unserem „guten Nachbarn“ Fraport. Vor lauter Freude darüber tanzt dann die gesamte Region um das „Goldene Kalb“ Flughafen. Soweit das Märchen.

Die Realität dagegen sieht leider anders aus. Unbestritten ist der Flughafen ein Wirtschaftsfaktor in unserer Region und bietet vielen Menschen ein Auskommen. Die Vergangenheit beweist jedoch, dass beim Thema Arbeitsplätze von Fraport Prognosen erstellt, aber nie umgesetzt wurden. Sei es beim Bau der Startbahn 18 West oder bei Cargo City Süd, nie wurden die gemachten Versprechungen eingehalten. Die Arbeitsplätze, die entstanden, sind zum Teil durch Firmenverlegungen begründet. Was anderswo an Arbeitsstellen verloren ging, wurde am Flughafen angesiedelt. 1993 versprach die FAG, die Vorgängerin von Fraport, 50.000 zusätz-

liche Arbeitsplätze, es entstanden gerade mal 8.000. Bei Cargo City Süd wurden 6.000 Plätze prognostiziert, tatsächlich wurden es nur knapp 600. Unglaublich sind auch die Aussagen zu dem neuen Superflieger A 380, von dem es bis dato noch keine einzige Maschine gibt. Es heißt immer wieder, dieser sei leiser als vergleichbare Großraumflugzeuge, aber bislang steht solch ein Vergleichstest immer noch aus. Sollte dieses Flugzeug jemals fliegen und dabei leiser sein, so findet wegen einer erhöhten Anzahl von Zubringerflügen keine Lärmentlastung statt. Das „Nachtflugverbot“, das der Region immer als

Bonbon offeriert wird, ist nur darauf ausgelegt, die Akzeptanz für den Ausbau in der Bevölkerung herzustellen. Es ist ein ausgemachter Etikettenschwindel: Es soll nicht von 22 bis 6 Uhr, sondern von 23 bis 5 Uhr gelten.

Fraport hat dies zwar beantragt und Roland Koch als der „brutalstmöglicheste Nachtruhrverteidiger“ betont immer wieder, ein Ausbau finde nur dann statt, wenn zugleich ein Nachtflugverbot eingeführt wird.

Dies ist aber höchst zweifelhaft, zumal schon von verschiedenen Fluggesellschaften Klagen angedroht wurden. Das Nachtflugverbot wird aller Voraussicht nach aus Gründen der Wettbewerbsverzerrung im internationalen Flugverkehr von den Gerichten wieder kassiert werden. Das Gemeine dabei ist, dass Fraport und Koch dies ganz genau wissen, doch trotzdem an der Umsetzbarkeit des Verbotes festhalten. Hier wird gegen besseren Wissens die Öffentlichkeit belogen.

Auch am Problem Ticona im Zusammenhang mit der geplanten Landebahn Nordwest wird deutlich, wie Fraport und die Landesregierung mit dem Sicherheitsbedürfnis der Bevölkerung verfahren. Viele Gesetze wurden im Schnellverfahren geändert, um die Flughafen-



>Fortsetzung von Seite 4<

erweiterung voranzutreiben. Eines wurde jedoch vergessen und fehlt bislang in den Unterlagen zum Planfeststellungsverfahren: Wie die Gefährdung unmittelbar Betroffener bei einem Absturz in das Chemiewerk Ticona ausgeschlossen werden kann. Bislang gibt es aber noch keine Lösung.

Inzwischen beschäftigt sich schon die EU und die Störfallkommission mit der Ticona-Problematik. Ticona könnte somit ein Stolperstein für die Nordwestbahn werden. Dies ist aber kein Grund, sich zu früh zu freuen, denn selbst wenn die Landebahn Nordwest

gekippt würde, wäre das nicht das Ende der Ausbaupläne.

**Deshalb gilt auch weiterhin:
Aufpassen, wachsam bleiben und im
Protest und Widerstand gegen einen
Flughafenausbau nicht nachlassen!**

F.M.

Woher Sie weitere Infos zu dieser Problematik bekommen können, erfahren Sie auf Seite 11.



Vernunft setzt sich durch

Den Bemühungen der ALW, Wohnen im Wohn- und Gewerbegebiet West nicht zu verwirklichen, ist nun auch die SPD gefolgt. Aus Wohn- und Gewerbegebiet West wird nun das Gewerbegebiet West. Das ist gut so!

Rechtlich bedeutet dies, dass die Entwicklungsmaßnahme aufgehoben wird. Das für Wohn-

der Wahl von Peter Rohrbach zum Bürgermeister hat sie aber ihre Kraft darauf verwendet, bei der Entwicklung des Gebietes weiteren Schaden zu verhindern.

Kein vernünftiger Mensch würde es wahrscheinlich in Kauf nehmen, in unmittelbarer Nachbarschaft von Gewerbe, Verkehr und Lärm ein Ein-



bebauung vorgesehene Gelände wird Gewerbegebiet. Die regionale Planungsversammlung muss nun auf Antrag der Stadt Weiterstadt die entsprechenden Beschlüsse fassen.

Davon abgesehen, dass die ALW von Anfang an gegen ein Wohn- und Gewerbegebiet diesen Ausmaßes war, kann sie sich nun halbwegs damit abfinden, das restliche Gelände mit Gewerbe zu besiedeln. Die politische Entscheidung für dieses Wohn- und Gewerbegebiet konnte die ALW zwar nicht verhindern, nach

familienhaus zu errichten und akzeptieren, dass sich das urbane Leben jenseits einer viel befahrenen Bundesstraße abspielt. Schon deshalb waren Interessenten für Wohnbebauung nicht zu finden. Abnehmer für Gewerbeflächen gibt es genug. Die Unternehmen wissen die Nähe zur Autobahn sehr wohl zu schätzen. Bleibt nun zu hoffen, dass die weitere Entwicklung und Vermarktung zu einer Reduzierung des prognostizierten Defizits beiträgt.

H.L.P.

Kompromisse sind nötig

Der Ausbau der Schlossschule Gräfenhausen

Die Schlossschule in Gräfenhausen soll erweitert und an einem Platz zusammengefasst werden. Das sieht der Schulentwicklungsplan des Landkreises Darmstadt-Dieburg vor. Er ist Schulträger und für die bauliche Substanz zuständig und verantwortlich. So wollen es die gesetzlichen Bestimmungen. Damit der Kreis diese Aufgabe wahrnehmen kann, wurden ihm in den siebziger Jahren per Gesetz die Schulen kostenlos übertragen. Die Kommunen zahlen je nach ihrer Finanzkraft an den Landkreis die Schulumlage, damit dieser seine Aufgaben erfüllen kann.

Die ALW unterstützt die Erweiterung und Zusammenlegung der Grundschule in Gräfenhausen. Wünschenswert wäre sogar ein Ausbau zur Ganztagschule. Haben doch die Studien der Vergangenheit gezeigt, dass Deutschland erheblichen Nachholbedarf in der Schulbildung hat.

Das ist schon ein schwerer Brocken, den der Kreis uns damit zum Schlucken vorgeworfen hat: Die Stadt soll ein ehemals (zwangsweise) verschenktes Grundstück für 695 000 • zurückkaufen. Hinzu kommt noch ein Grundstück, das von der Stadt kostenlos für den Schulneubau zur Verfügung gestellt werden soll.

Doch wie sieht die Situation der Schule aus? Die Kinder müssen zum Fachunterricht im

anderen Gebäude auf einem Bürgersteig, der an einer Stelle knapp einen Meter breit ist, ungefähr 10 Minuten laufen. Die Kommunikation im Kollegium ist äußerst kompliziert. Deshalb kommt es immer wieder dazu, dass Kinder unbeaufsichtigt sind. Eine zukunftsorientierte Schule, die ja seit den miserablen Ergebnissen der PISA-Studie geschaffen werden soll, ist unter diesen Umständen unmöglich.

Der Kreis hat zudem vor, den Schulentwicklungsplan aus finanzieller Not auf Eis zu legen. Wenn die Stadt auf das „Angebot“ des

Kreises eingeht, würde dieser nochmal einen Betrag von 900 000 • investieren und ein neues Schulgebäude errichten. Das alte Schulgebäude stünde dann der Stadt zur Verfügung. Es würde sich anbieten, dort Jugend- und Vereinsräume einzurichten, die ja bekanntlich in Gräfenhausen fehlen.



Also was tun? Die 30 Jahre alten Empfindlichkeiten pflegen, oder die Kröte schlucken und den Kindern eine optimale Umgebung schaffen?

Der Kauf würde zur Zeit kein allzu großes Loch in unser Stadtsäckel reißen. Ein Gespräch zwischen Kreis und Stadt wird hoffentlich zu einer Lösung beitragen, damit nicht die Kinder die Leidtragenden fehlender politischer Kompromissfähigkeit sind.

H.L.P./ D.S.

Hilfe!

Liebevolle Kinderbetreuung gesucht

Eltern aus Weiterstadt mit Kindern unter 3 Jahren, die Familie und Beruf vereinbaren wollen oder müssen, suchen bisher vergeblich nach einem städtischen Betreuungsangebot und blicken neidisch auf die Tagesstätten, die mit dem Konzept „KITA 2000“ über die Stadtgrenzen hinaus Anerkennung finden.

Wenn es gut läuft, lässt sich mit Hilfe der Servicestelle des Landkreises Darmstadt-Dieburg oder mit Eigeninitiative ein/e geeignete/r Tagesmutter/-vater finden, vergeblich ist jedoch die Suche nach einem städtischen Krippenangebot.

Obwohl die Bundesregierung sich lauthals für eine bedarfsgerechte Betreuungsquote einsetzt, das Land Hessen eine „Offensive Kinderbetreuung“ gestartet hat, sind engagierte private Initiativen oft überfordert und scheitern an bürokratischen Hürden und Vorgaben; Städte und Gemeinden scheuen die finanziellen Verpflichtungen für diese „freiwillige“ soziale Leistung.

Aufgewacht durch die Diskussion um die finanzielle Unterstützung des Vereins Zwergenstübchen, gegründet von einer engagierten weiterstädter Elterninitiative, die leider mittlerweile aufgeben musste, wurde fraktionsübergreifend die Forderung nach einem städtischen Betreuungsangebot für die ganz kleinen Menschen laut. Am 06.02.2003 forderte die Stadtverordnetenversammlung die Erarbeitung eines Konzepts durch die Verwaltung bis zum Herbst 2003 - ein entsprechendes Papier wurde dann im Oktober 2003 vorgelegt.

Das Konzept sieht schwerpunktmäßig die finanzielle Förderung und Unterstützung von Tagesmüttern/-vätern durch Beratung, Fortbildung und Öffentlichkeitsarbeit vor. Aber

ebenso sollen auch private Initiativen und solche freie Träger zur Entwicklung von Krippen oder ähnlicher Einrichtungen der Jugendhilfe Zuschüsse zu den Betriebskosten bzw. investiven Maßnahmen erhalten. Hierfür werden entsprechende Mittel im Haushalt eingeplant.

Eingebunden in ein entsprechendes pädagogisches Rahmenkonzept werden Qualitätsanforderungen festgeschrieben, die Grundlage für die Gewährung der vorgesehenen Zuschüsse sind.

Ein weiterer wichtiger Teil des Konzepts ist die Bildung einer Serviceeinheit, die sich zusammensetzt aus der städtischen Familien-

und Frauenbeauftragten, der Fachberatung für KITAs und dem Fachdienst Kinder- und Jugendhilfe. Sie hat die Aufgabe, Tagesmütter/-väter durch geeignete Werbemaßnahmen zu finden, die Eignungsfeststellung in Zusammenarbeit mit dem Landkreis/Jugendamt zu gewährleisten, Fort-

bildungsangebote anzubieten, Mittelgewährung und Verwendungsnachweise zu prüfen und Qualität zu sichern.

Dieses Angebot der Stadt ist ein erster Einstieg in die Kleinkinderbetreuung, das den Eltern Verlässlichkeit hinsichtlich der Qualität der Tagespflegestellen bietet. Außerdem erhalten die Tagesmütter/-väter eine finanzielle Unterstützung zur eigenen Absicherung und Fortbildungsmöglichkeiten sowie kompetente Ansprechpartner in der Serviceeinheit.

Leider – und das ist die schlechte Nachricht – kann dieses Konzept erst nach der Beschlussfassung entsprechender Förderrichtlinien zur Gewährung der Zuschüsse verwirklicht werden.

B.G.



Neues zum Thema Grundwasser

Vertrag mit Gemeinden rückt in greifbare Nähe

Wie wir im letzten Knackpunkt (Nr. 43) berichtet haben, tut sich etwas bei der Bearbeitung der Grundwasserproblematik.

Inzwischen sind östlich der Kreisstraße Probebohrungen erfolgt! Dem Lösungskonzept hat nun auch die Stadt Griesheim zugestimmt, sodass mit der Konzeptgenehmigung durch das Regierungspräsidium in den nächsten Wochen zu rechnen ist. Zwischen den beteiligten Gemeinden kann dann umgehend die Vertragsvereinbarung erfolgen, die die jeweilige finanzielle Belastung festschreibt. Bürgermeister Peter Rohrbach rechnet mit ca. 1,417 Mio. • Eigenbeteiligung.

Da Weiterstadt schon in finanzielle Vorlage getreten ist, bleibt noch eine Summe von ca. 900 000 • übrig. Darüber werden in den nächsten Wochen unsere städtischen Gre-

mien entscheiden. Eine Zustimmung zu dieser Kostenverteilung ist wohl mehrheitlich zu erwarten.

Ist dies geschehen, steht einem Baubeginn Ende Sommer/ Anfang Herbst nichts mehr im Wege. 10 Brunnen werden in den vernäsungsgefährdeten Bereichen von Braunshardt und Weiterstadt gebohrt. Das abgepumpte Wasser wird dann über das Rohrleitungsnetz des Boden- und Beregnungsverbandes nach Weiterstadt zur Bewässerung der Felder und in den Darmstädter Westwald geleitet. Wir hoffen sehr, dass dann die Wasserschäden in den Häusern der Vergangenheit angehören. Grundsätzlich sollte aber jede/r neue Bauherr /in für eine gründliche Abdichtung seines, bzw. ihres Kellers sorgen!

M.O.



Kraft-Wärme-Kopplung für Weiterstadt

Im Dezember letzten Jahres hat die ALW den Antrag gestellt, die Gebäude der Stadt auf den Einbau von Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen (KWK) zu überprüfen. Insbesondere für das Hallenbad in Verbindung mit den Schulgebäuden und die Anlagen der SGW wäre ein Einsatz der KWK besonders interessant. Kraft-Wärme-Kopplung bedeutet, dass in einer Anlage gleichzeitig Strom und Wärme erzeugt werden. Bei jeder Stromerzeugung aus fossilen Brennstoffen wie Öl oder Gas wird gleichzeitig auch Wärme erzeugt. In vielen Kraftwerken verpufft diese Wärme, während sie in KWK-Anlagen aufgefangen und als

Heizungswärme oder Warmwasser genutzt wird und daher eine ressourcenschonende und klimafreundliche Form der Energieerzeugung ist. Ein nicht geringer Vorteil für die Stadt ist die Tatsache, dass diese Anlagen vom Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit gefördert werden. Der erzeugte Strom wird für festgesetzte Preise in das Stromnetz eingespeist, was einen zusätzlichen Gewinn bedeuten kann.

Nach den guten Erfahrungen, die Groß-Umstadt mit ihrem Seniorenheim machen konnte, hoffen auch wir, bald eine KWK-Anlage installieren zu können.

E.L.B.

Denkzeichen

Eine Bitte um Unterstützung

KnackPunkt

1/2004

Nr. 44

Im letzten Jahr verschickte die Initiative „Denkzeichen Güterbahnhof“ Schreiben an die Städte und Gemeinden, aus denen die Juden, Sinti und Roma stammten, die in den Jahren 1942/43 vom Güterbahnhof in Darmstadt in die KZs zur Vernichtung deportiert wurden.

Die ALW bedauert sehr, dass der Magistrat der Stadt Weiterstadt, wie auch fast alle anderen Gemeinden im Landkreis, eine Spende für die Einrichtung dieses Denkzeichens

abgelehnt hat. Die Begründung: „Wir haben schon ein Mahnmal“ (Foto: Postplatz Gräfenhausen).

Wir sind nicht der Meinung, dass man die Vergangenheit einfach ruhen lassen darf. Wir können uns nicht mit der Gegenwart auseinandersetzen, wenn wir unsere Vergangenheit ignorieren. Sie ist in Ihrer ganzen Schrecklichkeit geschehen und tut immer noch weh. Wir bitten die Bürger/innen unserer Stadt, um Unterstützung dieser Initiative.

D.S.



Die ALW spendet direkt auf das Konto:

Kontonr.: **500 033 10**

BLZ: **508 501 50**

Kontoinhaber: **Arbeitskreis ehemalige Synagoge Pfungstadt e.V.**

Stichwort: **„Initiative Güterbahnhof“**

Die Spenden sind von der Steuer absetzbar, bitte nicht Anschrift vergessen zwecks Zusendung der Quittung.

Weitere Informationen unter: **www.denkzeichen-gueterbahnhof.de**

Freiwilliger Polizeidienst?

In Hessen patrouillieren bald überall freiwillige Polizeihelfer. Ausgerüstet mit Pfefferspray und Handy sollen sie Streife laufen. Weiterstadt ist mit unter den ersten Kommunen, die freiwillige Polizeihelfer einsetzen. Die Meinungen dazu sind geteilt. Während die einen sich mehr Sicherheit versprechen, haben andere das Schreckgespenst „Bürgerwehr“ vor Augen. Tatsache jedenfalls ist, dass für alle Kosten wie Schulungen, Ausrüstung usw. die Kommunen aufkommen müssen. Wieder einmal mehr werden Ausgaben auf

die Kommunen verlagert. Anstelle von ausgebildeten Polizeibeamten müssen Polizeihelfer mit einigen Seminarstunden auskommen. Polizeidienst untersteht nicht umsonst einer besonderen Kontrolle.

Durch das Auftreten dieser Polizeihelfer wird lediglich ein weiteres Mal die Angst vor dem Schreckgespenst „unbezwingbare Kriminalität“ geschürt.

Zivilcourage bei der Bevölkerung zu fördern wäre die bessere Idee gewesen.

E.M.

Ende gut, alles gut...

Neues vom Rathausplatz

Weiterstadt soll endlich seinen Mittelpunkt erhalten. Damit findet eine jahrzehntelange Diskussion über die Verwendung und Gestaltung des Rathausplatzes hoffentlich ein gutes Ende. Der Neuordnung des Rathausplatzes steht nichts mehr im Wege. Mit dem Umzug der Verwaltung in das Verwaltungsgebäude an der Riedbahn im August/September diesen Jahres wird das alte Rathaus geräumt.

Nach dem Willen der städtischen Gremien wird ein zukünftiger Markt- und Festplatz durch Gebäude im Osten, Norden und Westen eingefasst. Der Platz soll sich zu Darmstädter Straße hin öffnen. Ein Durchgang zum Bürgerhaus einschließlich Carl-Ulrich-Schule und Kindergarten hin bis zur Kreuzstraße soll das gesamte Areal zu einer Einheit verbinden.

Die Gebäude werden als städtische Einrichtungen das Stadtbüro, ein Trauzimmer und die Bücherei aufnehmen. Hinzu kommt die Polizeistation und ein öffentliches WC. Zur Belebung des Stadtzentrums sind für die Erdgeschosse Ladengeschäfte und Gastronomie vorgesehen. Die Obergeschosse können als Wohnungen, Büros, Arztpraxen genutzt werden.

Abgesehen von Parkplätzen für Behinderte werden die Autos in die Tiefgarage verbannt. Die ALW wünscht sich, dass die Weiterstädter

(auch die aus anderen Stadtteilen) den Platz annehmen und aus dem jetzigen hässlichen Entlein einen urbanen Mittelpunkt machen mit all seinen Geschäften und der Gastronomie.

Bleibt noch die Darmstädter Straße. Zum Verweilen lädt diese verkehrsgeplagte Straße nicht ein. Nach Meinung der ALW ist das keine gute Voraussetzung für die dort ansässigen Ladengeschäfte. Denn wer nur durchfährt oder mal schnell anhält um etwas zu erledigen, wird die Geschäfte mit dem vielfältigen Angebot nicht oder kaum wahrnehmen. Hier lohnt sich ein Blick in Nachbarkommunen wie Groß-Gerau oder Griesheim. Dort ist es durch bauliche Maßnahmen gelungen, Menschen zu Fuß oder mit dem Fahrrad in die Zentren zu locken. Zum Wohle der dort ansässigen Gewerbetreibenden.

Ach ja. Weiterstadt stand ja auch mal kurz vor dem Umbau der Hauptgeschäftsstraße. Initiator war die ALW. Geänderte Mehrheiten im Parlament haben das Projekt kurz vor dessen Umsetzung gekippt. Leider! Vielleicht gibt es nun im Zusammenhang mit der Neugestaltung des Rathausplatzes eine neue Chance für die Darmstädter Straße.

Wichtig: Das Stadtbüro am Wilhelm-Leuschner-Platz wird bis zum Bezug des Neubaus bestehen bleiben.

H.L.P.

KISS?...ähm...KIS!

Der Bürgermeister will ihn, die ALW auch. Kommunaler Immobilienservice, kurz KIS genannt, ist der neue Eigenbetrieb der Stadt Weiterstadt.

Wurden bisher die städtischen bebauten Grundstücke je nach Verwendungszweck von verschiedenen Stellen verwaltet, sollen sie in Zukunft durch einen Eigenbetrieb bewirtschaftet werden. Im Eigenbetrieb KIS werden sämtliche bebauten Grundstücke (hierzu zählen z. B. Bürgerhäuser, Verwaltungsgebäude, Sporthallen, Hallenbad, Kindertagesstätten Feuerwehren, etc.) der Stadt unter

betriebswirtschaftlichen Aspekten gemanagt. Dazu gehören eigenbetriebliche Organisation und doppelte Buchführung. Das heißt auch Kostentransparenz bei Bewirtschaftung und Unterhaltung.

Aber auch die Zufriedenheit der Nutzer – also der Kunden – wird steigen, denn in Zukunft ist nur noch eine eigenständige Stelle Ansprechpartner.

Neues Personal ist nicht erforderlich. MitarbeiterInnen der Stadt werden in den neuen Eigenbetrieb überwechseln und dort ihr zukünftiges Aufgabengebiet haben. H.L.P.



Was steht an?

Termine in der nächsten Zeit

ALW-Stammtische:

16.03. 20⁰⁰, Darmstädter Hof
15.06. *
21.09. *
30.11. *

* Die Orte stehen noch nicht fest. Sie erfahren sie durch den Terminkalender, unsere Homepage (s.S.12), oder Sie rufen uns einfach an (ebenfalls S.12)

Bürgerversammlungen:

08. 03. Weiterstadt, Bürgerzentrum
10. 05. Schneppenhausen, Bürgerhaus
09. 06. Braunshardt, Adler
12. 07. Gräfenhausen, Bürgerhaus
11. 10. Riedbahn

jeweils um 19³⁰ Uhr

Stadtratsversammlungen:

04. 03.
01. 04. jeweils um 19⁰⁰ Uhr
im Bürgerzentrum
04. 05. Weiterstadt
03. 06.

Flughafenausbau:

www.profutura.net (online-Beschwerden)
www.zukunft-rhein-main.de
www.zukunft-rhein-main-young.de
www.flughafen-bi.de
www.startbahn.de

AKW-Biblis:

www.akw-biblis-abschalten.de

Beschwerde-Telefone:

Infofon der Fraport:
0800-2345679 (kostenfrei)

Müllgeruch:
06150-12349
06159-91600

Ohne Fleiß kein Preis

Parlamentarische Aktivitäten der ALW im Jahr 2003

Zahlreiche Themen beschäftigten die ALW in ihren Sitzungen. Viele Stunden Diskussion und Abwägungen begleiteten die parlamentarische Arbeit. Einige Bereiche möchte ich hier nennen, die unsere Schwerpunkte waren:

- ⇒ Kinderbetreuung von 0-12 Jahre
- ⇒ Kinderspielplätze und ihre Ausstattung
- ⇒ Schulsozialarbeit
- ⇒ Jugendförderung
- ⇒ Umweltfreundliche Standards in Baugebieten und städtischen Einrichtungen
- ⇒ Behindertengerechte Ausstattungen in öffentlichen Gebäuden
- ⇒ Die Gestaltung der Darmstädter Straße und des zukünftigen Marktplatzes

- ⇒ Die Lärmsituation in unserer Stadt
- ⇒ Verkehrslandeplatz Egelsbach (Ausbau und kommerzielle Hubschrauberflüge)
- ⇒ Rhein-Main-Flughafen (Ausbau, die Genehmigungsverfahren, bzw. Einsprüche)
- ⇒ ICE-Strecke
- ⇒ AKW-Biblis
- ⇒ Öffentlicher Nahverkehr
- ⇒ Radwegenetz
- ⇒ Neues Rathaus
- ⇒ Wohn- und Gewerbegebiet West
- ⇒ Straßenbahn nach Weiterstadt

Zu vielen Punkten stellten wir eigene Anträge, bei allen Punkten brachten wir unsere Vorstellungen in die parlamentarische Arbeit ein!

M.O.

Weckt diese Arbeit Ihr Interesse?! Rufen Sie uns doch einfach mal an!
Bei uns kann fast Jede/r mitmachen! Sie müssen auch keinen Mitgliedsbeitrag zahlen, sondern nur Ihre Ideen einbringen!

Tel. und Fax 06150/14729
die ganze Woche Anrufbeantworter,
mittwochs 10 – 12 h: Büro besetzt
E-Mail: alw@alw-online.de
www.alw-online.de

ViSdP: Dorothee Spätling-Slomka
Darmstädter Straße 146
64331 Weiterstadt

